



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

Studierendenrat

Vorstand

Johannes Krause
Marcus D. D. Müller
Julia Walther

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

Telefon: 0 36 41 · 93 09 98
Telefax: 0 36 41 · 93 09 92
vorstand@stura.uni-jena.de

Verlaufsprotokoll der Studierendenratssitzung am 26.11.2013

anwesende MdStuRa:	Clemens Beck, Meike Boldt, Lars Peter Engels, Dorothea Forch, Hatto Frydryszek, Cornelius Golembiewski, Markus Hammerschmidt, Christian Hanke, Moritz Hellmich, Markus Henseler, Johannes Krause, Tristan Kreuzinger, Johanna Lehmann, Johannes Letsch, Jenny Markert, Marcus D.D. Müller, Vincent Schmidt, Maxi Scheibner, Johanna Schuchmann, Michael Siegmann, Karl Spitz, Sebastian Uchmann, Julia Walther, Karin Wirthgen
entschuldigt:	-
ruhendes Mandat:	-
unentschuldigt:	Philipp Borchers, Vanessa Krimmel, Ilknur Üreyen
beratende Mitglieder:	Janine Eppert, Marcus Felix, Linda Graßer, Steven Hatung, Peter Held, Marcel Helwig
Gäste:	Carsten Hölbing, Florian Rappen, Fabian Geisbühl, Marcel Schwetschenau, Tom Bauermann, Stephanie Borck, Paula Georgi, Björn Lorenz, Friedrich Gehring
Sitzungsleitung:	Johannes Krause, Marcus Müller, Christian Hanke, Moritz Hellmich, Peter Held
Protokollantin:	Julia Walther
Sitzungsort	SR 113 / CZ-Str.3

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 19:20 Uhr.

TOP 1 Berichte

Julia Walther berichtet von der Demonstration gegen den Struktur- und Entwicklungsplan am vergangenen Freitag. Die Demonstration lief relativ reibungslos ab, es waren nach Schätzung der Polizei ca. 6000 Menschen anwesend. Parallel zur Demonstration wurde die Sitzung des Universitätsrats gestürmt und aufgelöst, dazu wird es aber noch einen TOP auf der heutigen Sitzung geben, wo weiter berichtet und diskutiert werden kann. Im Anschluss an die Demo gab es ein Gespräch mit dem Rektor und dem Vorsitzenden des Unirats Dr. Lange, an dem 3 der studentischen Senatoren und sie für den Vorstand teilgenommen haben. Es wurde u.a. vereinbart, dass nach Uniratsitzungen Gespräche mit studentischen Vertretern stattfinden, bei denen u.a. Inhalte vereinbart werden, die öffentlich berichtet werden dürfen.

Marcel Helwig ergänzt den Bericht um die Sitzung des Unirats. Er darf ausnahmsweise berichten. Anders als geplant sind der Rektor und Dr. Lange vor die Tür des Senatssaals gegangen und haben mit den Demonstrantinnen gesprochen. Allerdings sind diese dennoch in den Saal gekommen, da die Tür nicht abgeschlossen wurde, da dies vergessen wurde. Die Sitzung wurde nach der Aufhebung der Sitzung nicht weitergeführt. Mit der Stürmung schien niemand gerechnet zu haben. Vom Hausrecht wurde bewusst nicht Gebrauch gemacht. Herr Dr. Lange war seiner Wahrnehmung nach leider nicht so krisensicher, weshalb eine feindselige Stimmung aufkam. Die Gruppe der Demonstrierenden war sehr heterogen, sie wussten scheinbar nicht, was sie erreichen wollten. Damit entstand eine Pattsituation. Julia hat dann als Demoleitung klargestellt, dass die eigentliche Demonstration draußen stattfindet. Auch die Polizei hat die Demonstrierenden noch einmal zum Gehen aufgefordert, dann haben diese den Raum verlassen. Im Anschluss daran gab es eine Gesprächsrunde der Universitätsratsmitglieder, bei der die Stürmung ausgewertet wurde. Eine Wiedereinberufung der Sitzung wurde nicht beschlossen, da dies vorher so kommuniziert wurde. Frau Kothe

hatte vorher angeboten, eine Gesprächsrunde mit den Demonstrierenden zu machen, die aber wegen der Aula-Belegung nicht stattfinden konnte. Nach der Auflösung der Sitzung wurde eine Diskussion über Kommunikationswege und -strukturen aufgenommen, außerdem wird sich massiver kritisch gegen die Kürzungen geäußert.

Stephanie Borck: Sie fragt nach, ob die Verschwiegenheitsklausel das erste Mal aufgehoben wurde und es das erste Mal war, bei dem sich der Unirat hätte öffnen können.

Marcel Helwig: Bejaht, dies sei ein ganz neues Gefühl. Die Perspektive des Unriats ist es, dass sie das Beste für die Uni wollen.

Clemens Beck berichtet vom Treffen des HoPo-Referats, wo die Demonstration ausgewertet wurde. Es wurden Defizite in der Pressearbeit festgestellt. Außerdem gab es Dissens bzgl. des Ordneinsatzes, am Ende wurde aber ein Konsens gefunden, dieser kann auch in den TOP zum Ordneinsatz auf der heutigen Sitzung einfließen. Außerdem gab es eine Debatte über das Selbstverständnis – viele sehen sich eher als Bündnis und nicht als StuRa. Außerdem wird es eine Demo in Erfurt Mitte Dezember geben, für die mobilisiert werden soll.

Marcel Helwig berichtet von der Begehung bei der Systemakkreditierung. Er erklärt das System von Qualitätssicherung und Akkreditierung, das optimale Lehr- und Lernbedingungen schaffen soll. Die Begehung dazu fand gestern und heute statt. Die nötige Selbstdarstellung der Uni wurde bis Juli erstellt. Der Studierendenrat ist ebenfalls zur Stellungnahme gefordert, allerdings lief die Zusammenarbeit nicht gut, die Begehung sollte erst im Januar stattfinden und das studentische Statement ist noch nicht fertig. Zur Begehung wurden angeblich alle FSRe angeschrieben, es waren aber kaum Studierende anwesend. Einige Fakultäten wurden nochmal gesondert angesprochen, aus denen dann Vertreter angesprochen worden. Es zeigten sich viele Frustrationen über die Hochschule; einige der Anwesenden wussten nicht, worum es überhaupt geht. Der studentische Bericht soll demnächst fertig werden, es wird noch Zuarbeit benötigt. Außerdem wäre es wichtig zu überprüfen, ob die Mails bei den FSRen überhaupt angekommen sind.

Marcel berichtet aus dem Lehrerbildungsausschuss. Zur Fächerkombination wurde inzwischen eine Stellungnahme abgegeben, mit der die Studierendenvertreter aber nicht zufrieden sind. Es gibt auch Daten zur Auswirkung auf die Studierendenzahlen.

Peter Held berichtet von der Abrechnung des Sofatags. Die GEMA hat eine Abrechnung mit Zahlungsaufforderung geschickt. Nach zwei Mahnungen gibt es nun ein Inkasso-Verfahren, Carola kümmert sich darum. Ein Großteil des Sofatags sollte eigentlich gemafrei sein, allerdings hat die Gema nun trotzdem schon Gebühren erhoben. Es soll geprüft werden, ob dies rechters war.

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Es sind 19 von 27 Sturamitgliedern anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

vorläufige Tagesordnung:

TOP 1 Berichte

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

TOP 3 Diskussion und Beschluss: Positionierung Eichplatzbebauung (Referat für Soziales, Julia Walther)

TOP 4 Diskussion und Beschluss: FA-043-2013 Vortrag Currie SMD Jena (Friedrich Gehring)

TOP 5 Diskussion und Beschluss: FA-044-2013 Veranstaltung Postwachstumsgesellschaft (Verena Salomon)

TOP 6 Diskussion und Beschluss: M-103-2013 (Technikbetreuung)

TOP 7 Wahl: Kulturreferentin (Vorstand)

TOP 8 Wahl: Sozialreferent (Vorstand)

TOP 9 Diskussion und Beschluss: Aufwandsentschädigung Vorstand (Julia Walther)

TOP 10 Diskussion und Beschluss: Aufwandsentschädigung Vorstand (Marcus D. D. Müller)

TOP 11 Diskussion und Beschluss: Aufwandsentschädigung Vorstand (Johannes Krause)

TOP 12 Diskussion und Beschluss: Positionierung Wahlsynchronisation mit der Uni (Marcus D. D. Müller)

TOP 13 3. Lesung: Haushalt 2014 (HHV)

TOP 14 Diskussion und ggf. Beschluss: Umgang mit Presseerklärungen (Hatto Frydryszek)

TOP 15 1. Lesung: GO-Änderung Gründung Referat Queer Paradies (Matthias Gothe)

TOP 16 Diskussion und Beschluss: Solidarisierung Hausbesetzer*innen Ilmenau (Johannes Struzek)

TOP 17 Diskussion und ggf. Beschluss: Hochschulrat (Marcel Eilenstein)

TOP 18 1. Lesung: GO-Änderung Sitzungszeit (Dorothea Forch, Meike Boldt)

TOP 19 Sonstiges

Änderungsanträge:

Meike Boldt: Sie hat einen dringlichen TOP beantragt, der sich mit Gewalt gegen Demonstrierende seitens der Ordner*innen auf der vom StuRa veranstalteten Demonstration befassen soll. Es hat am Eingang zum UHG ein Gerangel und Beschimpfungen gegeben. Der Stura sollte sich hierzu positionieren, da er der Verantwortliche für die Demo ist. Das Hopo-Referat bzw. das Bündnis „Stepagaint“ hat sich bereits positioniert, der Stura sollte sich jedoch gesondert davon noch einmal äußern, um keinen Imageschaden zu riskieren.

Moritz Hellmich: Er fragt, worin sich die Dringlichkeit begründet.
Meike Boldt: Aus Solidarität mit den geschädigten Menschen sollte sich der StuRa positionieren bzw. entschuldigen.

Abstimmung über die Dringlichkeit: 12/0/8 – angenommen.

Meike möchte den TOP als neuen TOP 9 ansetzen.

Dorothea Forch: Sie möchte TOP 18 nach vorn gezogen haben auf TOP 12.

Carsten Hölbing: Er meint, dass es sinnvoll wäre, TOP 14 irgendwann eher zu behandeln, da es gerade Probleme mit dem Thema gab.

Julia Walther: Sie zieht ihren Antrag zum Eichplatz zurück, da auf der Stadtratsitzung gerade die Neuauslegung beschlossen wurde; das Thema ist damit nun weniger aktuell.

Marcus Müller: Er möchte TOP 12 hinter TOP 13.

TOP 15 wird wegen Fristwahrung von der TO genommen.

beschlossene Tagesordnung:

TOP 1 Berichte

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

TOP 3 Diskussion und Beschluss: FA-043-2013 Vortrag Currie SMD Jena (Friedrich Gehring)

TOP 4 Diskussion und Beschluss: FA-044-2013 Veranstaltung Postwachstumsgesellschaft (Verena Salomon)

TOP 5 Diskussion und Beschluss: M-103-2013 (Technikbetreuung)

TOP 6 Wahl: Kulturreferentin (Vorstand)

TOP 7 Wahl: Sozialreferent (Vorstand)

TOP 8 Diskussion und Beschluss: Gewalt von Ordner*innen gegen Demonstrierende (Meike Boldt)

TOP 9 Diskussion und Beschluss: Aufwandsentschädigung Vorstand (Julia Walther)

TOP 10 Diskussion und Beschluss: Aufwandsentschädigung Vorstand (Marcus D. D. Müller)

TOP 11 Diskussion und Beschluss: Aufwandsentschädigung Vorstand (Johannes Krause)

TOP 12 1. Lesung: GO-Änderung Sitzungszeit (Dorothea Forch, Meike Boldt)

TOP 13 3. Lesung: Haushalt 2014 (HHV)

TOP 14 Diskussion und Beschluss: Positionierung Wahlsynchronisation mit der Uni (Marcus D. D. Müller)

TOP 15 Umgang mit Presseerklärungen (Hatto Frydrysek)

TOP 16 Diskussion und Beschluss: Solidarisierung Hausbesetzer*innen Ilmenau (Johannes Struzek)

TOP 17 Diskussion und ggf. Beschluss: Hochschulrat (Marcel Eilenstein)

TOP 18 Sonstiges

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung: 19/0/0 – angenommen.

TOP 3 Diskussion und Beschluss: FA-043-2013 Vortrag Currie SMD Jena (Friedrich Gehring)

Die SMD Jena hat einen externen Finanzantrag zur Förderung eines Vortrags des Kunsthistorikers Stuart Currie gestellt. Der Haushaltstopf für externe Projekte ist jedoch bereits ausgeschöpft.

Carsten Hölbing: Er fragt, ob der StuRa nicht beschließen kann, dass die Förderung aus einem Referatstopf kommt.

Johannes Krause: Er erklärt, dass die Mittel nur zweckgebunden ausgegeben werden können, also nur für Dinge, für die sie im Haushalt vorgesehen sind.

Meike Boldt: Sie fragt, ob sich die Antragsteller auch an den FSR Kunstgeschichte gewandt haben.

Konrad Gehring: Verneint dies.

GO-Antrag auf Nichtbefassung von Johannes Krause

Keine Gegenrede.

TOP 4 Diskussion und Beschluss: FA-044-2013 Veranstaltung Postwachstumsgesellschaft (Verena Salomon)

Julia Walther: Sie berichtet, dass das Umweltreferat 300€ aus seinem Topf für die Veranstaltung geben würde.

Peter Held: Er meint, dass der Topf externe Projekte leer ist, aber die Referatsleitungen aus den Referatstopfen etwas bereitstellen können. Allerdings gibt es derzeit keine Referatsleitung vom Umweltreferat, die dies legitimieren könnte.

Christian Hanke: Er fragt, ob der Topf überzogen werden kann.

Peter Held: Er meint, dass dies nur in Ausnahmefällen geht, was hier aber nicht zutrifft.

Johannes Krause: Er fragt, ob dies ein Nachtragshaushalt wäre.

Peter Held: Verneint.

Johannes Krause: Die Veranstaltung findet bereits morgen statt.

Lars Peter Engels: Er fragt, ob jemand die Veranstaltung vorstellen kann.

Johannes Krause: Er erklärt kurz, worum es gehen soll. Es gibt u.a. thematische Vorträge und Workshops.

Julia Walther: Sie fragt, ob man die Förderung nachträglich beschließen kann.

Peter Held: Verneint.

Florian Rappen: Er ergänzt Johannes' Erklärung. Es geht u.a. darum, wie bewusster, umweltfreundlicher Konsum zu Ressourcenverschwendung führt, etwa, wenn durch Umweltfreundlichkeit gespartes Geld für tw. Unnötige Konsumgüter ausgegeben wird.

Meike Boldt: Die Veranstaltung wurde bereits in der Vergangenheit durch das Umweltreferat gefördert.

Kahrin Wirthgen: Sie korrigiert Florians Erklärung von Postwachstumsgesellschaft. Es geht eher um bewussten Konsum und um Reduktion von Konsum. Auch bei der Veranstaltung geht es um bewussteren Konsum, um längere Haltbarkeit und um das Finden eigener Wege aus dem gegenwärtigen Konsumkreis heraus, sodass Leben und Konsum nachhaltiger und umweltfreundlicher wird.

Lars Peter Engels: Er meint, dass externe Projekte nur gefördert werden sollten, wenn die Veranstaltungen sonst nicht stattfinden können; so kann er der Förderung nicht zustimmen, zumal die Antragstellerin nicht anwesend ist. Meike Boldt: Sie findet, dass die Veranstaltung auch zum Sozialreferat passen würde und aus deren Topf gefördert werden könnte.

Johannes Krause: Er findet es schwierig, jetzt darüber zu entscheiden, da der Topf für externe Projekte leer ist und so nichts gefördert werden kann. Er plädiert für eine Nichtbefassung mit dem TOP.

Steven Hartung: Er meint, dass die Antragstellerin evtl noch kommt, deshalb ist er für ein Verschieben des TOPS.

Maxi Scheibner: Sie meint, dass der Topf auch dann noch leer sein wird, sodass dies nichts ändert.

GO-Antrag auf vorläufiges Verschieben von TOP 17 von Christian Hanke, bis die Antragstellerin anwesend ist.
Keine Gegenrede.

Friedrich Gehring: Er erhebt Einspruch gegen dieses Verfahren, da die SMD Jena ebenfalls ein externes Projekt gefördert bekommen möchte und bereits abgewiesen wurde. Das angestrebte Verfahren verstößt somit gegen die Gleichbehandlung.

Johannes Krause: Er erklärt noch einmal, dass der Haushaltstopf für externe Projekte leer ist. Das Umweltreferat hat jedoch scheinbar angeboten, die Veranstaltung aus ihrem Referatstopf zu fördern. Damit könnte der StuRa dieses Projekt aus einem anderen Topf fördern. Da sich bislang kein passendes Referat für die Veranstaltung mit Currie gefunden hat, kann diese nicht gefördert werden.

TOP 5 Diskussion und Beschluss: M-103-2013 Server Campus TV (Technikbetreuung)

Fabian Geisbühl stellt als Chefredakteur des CampusTV den Antrag vor. Es soll ein neuer Backup-Server für das CampusTV angeschafft werden. Durch das HD-Format, das seit längerem verwendet wird, ist die Datenmenge viel größer. Sie haben dafür jedoch keinen Platz zum Speichern, gespeichert wird alles auf dem Schnittrechner. Dieser ist aber eigentlich nicht dafür geeignet, zumal die Rechenleistung damit geringer ist. Sie fänden es daher gut, wenn das Sendungsarchiv auf einem Server gespeichert werden könnte.

Peter Held: Er fragt, ob es um die Speicherung fertiger Sendungen oder um Rohmaterial geht.

Fabian Geisbühl: Das Rohmaterial wird ca. 1-2 Jahre gespeichert, alte Sendungen werden immer gespeichert.

Peter Held: Er fragt, warum die Sendungen nicht mehr auf einen externen Server geladen werden, wie dies einmal der Fall war.

Fabian: Es wurden DVDs gebrannt, was aber aufgrund der Datenmenge nicht mehr praktikabel ist.

Peter Held: Er meint, dass früher etwas hochgeladen wurde.

Fabian: Er weiß davon nichts.

Peter Held: Er fragt, ob das Speichern auf Youtube nicht ausreicht.

Fabian: Er meint, dass v.a. die alten Sendungen nicht hochgeladen sind und dass die Daten dort nicht sicher sind.

Peter Held: Er meint, es ist sehr unwahrscheinlich, dass bei Youtube Daten verloren gehen.

Carsten Hölbing: Vor 5-6- Jahren wurden Daten hochgeladen, heute existiert dies nicht mehr, und die Sendungen sind zu groß, um hochgeladen zu werden. Youtube ist nicht zum Speichern von Rohmaterial geeignet, der Kanal würde dadurch überlastet. Die Technikbetreuung meint, dass der Topf der Technik dafür verwendet werden kann.

Paula: Sie weist auf die höhere Haltbarkeit von Servern im Vergleich zu Festplatten hin. Die Techniker sind skeptisch gegenüber vielen Festplatten. Die Archivierung für nächste Generationen sollte vernünftig laufen.

Youtube ist insofern problematisch, als dass eigenes Datenmaterial auf fremder Datenbank liegt, die Rechte sind eingeschränkt und evtl. gehen Daten verloren.

Sebastian Uschmann: Er ist für ein Backup und gegen Youtube. Ihm ist jedoch nicht klar, warum es ein Server sein muss. Er fragt, ob auch bestehende Server verwendet werden könnten.

Marcus Müller: Das Speichervolumen der Stura-Sever ist voll, außerdem würde es zusätzlichen Aufwand bedeuten und der Aufbau wäre sehr kompliziert und evtl. nicht sicher genug.

Christian Hanke: Er fragt nach dem Unterschied zwischen Server und Festplatte und nach der rechtlichen Lage bzgl. Youtube.

Marcus Müller: Er erklärt, dass ein Server ist vollwertiges System ist, ohne das nichts funktioniert. Bei Festplatten ist dies anders.

Fabian Geisbühl: Die aktuellen Sendungen werden auch auf Youtube hochgeladen. Für altes Material sollte man dieses Risiko jedoch nicht eingehen. Eine Festplatte könnte außerdem leichter gestohlen werden.

Steven Hartung: Er meint, dass auch ein neuer Stura-Server gekauft werden muss, wenn dieser voll ist. Evtl. wäre es sinnvoller, einen neuen Server für den Stura zu kaufen, der von CampusTV mitgenutzt wird.

Johannes Krause: Der Antrag kommt von der Technikbetreuung. Er weist darauf hin, dass sie das System am besten kennen und am besten beurteilen können, was benötigt wird. Die Technik würde außerdem keine Ausgaben tätigen, die sie nicht für wertvoll für den Stura erachten.

Marcus Müller: Er weist darauf hin, dass der Sturaspeicher in den nächsten Wochen aufgerüstet wird.

Carsten Hölbing: Er meint, dass durch die räumliche Entfernung zur FH bei der Datenübertragung viel Zeit benötigt würde, die würde zu Überlastung führen.

Peter Held: Er fragt nach dem Format und der Größe der Sendungen.

Fabian Geisbühl: Die Sendungen werden in FullHD aufgezeichnet. Eine Sendung umfasst bis 10 GB, das Rohmaterial dazu bis zu 100 GB.

Peter Held: Er fragt, ob das Campusradio den Server auch nutzen könnte.

Carsten Hölbing: Dies geht nicht wegen der räumlichen Lage bzw. Entfernung.

Marcus Müller: Er fragt, ob das CampusTV weiß, dass sie selbst den Server betreuen müssten.

Fabian: Bejaht. Dies sei mit der Technik bereits abgesprochen, der Chefred wäre dafür verantwortlich.

Abstimmung: 13/0/8 – angenommen.

TOP 6 Wahl: Kulturreferentin (Vorstand)

Die Sitzungsleitung schlägt vor, den Antrag vorerst nach hinten zu verschieben, da die Bewerberin nicht anwesend ist.

TOP 7 Wahl: Sozialreferent (Vorstand)

Die Sitzungsleitung schlägt vor, den Antrag vorerst nach hinten zu verschieben, bis der Bewerber anwesend ist.

TOP 8 Diskussion und Beschluss: Gewalt von Ordner*innen gegen Demonstrierende (Meike Boldt)

Die Antragstellerin bittet darum, den TOP nach hinten zu verschieben, da Berichterstattende gerade nicht anwesend sind, jedoch bald zurückkommen.

TOP 9 Diskussion und Beschluss: Aufwandsentschädigung Vorstand (Julia Walther)

Johannes Krause erklärt das Verfahren. Zu Beginn könnte grundsätzlich diskutiert werden, ob der Vorstand eine Aufwandsentschädigung bekommen soll. Im Anschluss daran kann man über die einzelnen Personen sprechen.

Dorothea Forch: Sie fragt, wieso es eine Grundsatzdebatte dazu geben soll und wie dieser Verfahrensweg zustande kam, da es die Möglichkeit der AE für den Vorstand bereits gibt.

Johannes Krause: Er meint, dass der Vorstand den Stura neu entscheiden bzw. diskutieren lassen wollte.

Johanna Schuchmann: Sie denkt, eine Generaldebatte ist überflüssig und kostet Zeit. Sie schlägt daher ein Meinungsbild vor.

Julia Walther begründet ihren Antrag und erklärt, welche Aufgaben der Vorstand übernimmt. Dazu zählen v.a. die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen und viele Dinge, die täglich anfallen. Außerdem haben sie in den letzten Wochen versucht, einige organisatorische Dinge zu ordnen. Sie persönlich kümmert sich besonders um die Aufbereitung der Protokolle und vertritt Antje, wenn sie nicht protokollieren kann. Außerdem gebe es aus der letzten Amtsperiode noch einigen Aufholbedarf bei den Protokollen. Da sie gleichzeitig auch HoPo-Referentin ist und gerade die Demo mitorganisiert hat, hat sie in den letzten Wochen sehr viel Zeit im StuRa verbracht. Durch das hohe Arbeitspensum wird sie auch bei ihrer HiWi-Stelle weniger Stunden machen können. Sie würde sich daher freuen, eine AE bewilligt zu bekommen.

Lars Peter Engels bittet um ein Meinungsbild, wer gegen mindestens eine AE ist. Es gibt keine Meldung.

Er fragt, wer dafür ist, dass über eine Person separat gesprochen wird. Es gibt eine Meldung.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Lars Peter Engels.

Gegenrede von Marcus Hammerschmidt. Er möchte, dass sich alle dazu äußern, warum sie eine AE benötigen.

Dies ist nötig, um die nötige Transparenz für die Studierendenschaft über die Verwendung ihrer Gelder herzustellen.

Abstimmung über den GO-Antrag: 14/1/4 – angenommen.

Abstimmung über den Antrag: 19/0/0 – angenommen.

Damit erhält Julia für ihre Vorstandstätigkeit im November und Dezember eine monatliche AE in Höhe von 150€.

TOP 10 Diskussion und Beschluss: Aufwandsentschädigung Vorstand (Marcus D. D. Müller)

Marcus Müller begründet seinen Antrag. Die Vorstandsaufgaben sind bei allen drei ähnlich und zeitintensiver, als er erwartet hat. Er selbst übernimmt v.a. die Koordination der eMails und dergleichen. Er meint, dass sie alle drei relativ viel Zeit im StuRa-Büro verbringen, daher würde er sich freuen, wenn dies über eine AE honoriert würde. Außerdem ergänzt er, dass er bald 25 wird und damit mehr Beiträge zahlen muss.

Abstimmung: 20 / 0 / 0 – angenommen.

Damit erhält Marcus für seine Vorstandstätigkeit im November und Dezember eine monatliche AE in Höhe von 150€.

TOP 11 Diskussion und Beschluss: Aufwandsentschädigung Vorstand (Johannes Krause)

Johannes Krause schließt sich Marcus und Julia an. Er meint, man wird nicht für den Stress entschädigt, sondern für den Aufwand, der ihnen zusätzlich entsteht. Da er oft bis spät abends im Büro ist, ist er auf das relativ teurere Imbissessen angewiesen. Ihm entsteht damit ein zusätzlicher finanzieller Aufwand. Er fände eine Aufwandsentschädigung auch als Zeichen der Anerkennung schön.

Abstimmung: 20/0/0.

GO-Antrag auf nochmalige Auszählung von Peter Held

Abstimmung: 19/0/0 – angenommen.

Damit erhält Johannes für seine Vorstandstätigkeit im November und Dezember eine monatliche AE in Höhe von 150€.

TOP 8 Diskussion und Beschluss: Gewalt von Ordner*innen gegen Demonstrierende (Meike Boldt)

Meike Boldt erklärt ihren Antrag. Sie wünscht sich eine Stellungnahme zur Gewalt der Ordner*innen auf der Demo am Freitag. Es sollte sich außerdem grundsätzlich geklärt werden, wie man sich auf Demos verhält usw. Das Hoporeferat hat sich schon dazu geäußert und eine eigene Stellungnahme dazu abgegeben, der StuRa sollte dies gesondert tun.

Die Sitzungsleitung befürwortet ein Verfahren, bei dem nicht Schuldzuweisungen geredet wird, da dies schwer nachvollziehbar ist. Darauf sollten alle Diskussionsteilnehmer*innen achten.

Dorothea Forch: Es sollte noch einmal kurz berichtet werden, wie die Situation war, wie Einweisung der Ordner verlief usw.

Meike Boldt: Sie stimmt zur. Zur inhaltlichen Ergänzung sollte es erst Berichte geben.

Peter Held: Der Antrag in der Form ist nur eine Positionierung und kein richtiger Antrag, dieser sollte nochmal sichtbar gemacht werden.

Julia Walther: Sie hat die Demo geleitet. Die Ordner wurden von verschiedener Seite rekrutiert und waren zur Einweisung um 7:45 an den Campus bestellt. Sie erhielten von verschiener Seite ihre Ordnerbinden und eine kleine Einweisung, was sie zu tun hatten: Sie sollten am Rand der Demo laufen und darauf achten, dass sich alle Teilnehmenden friedlich verhalten. Außerdem wurde die Anweisung gegeben, dass auf Fehlverhalten nur mündlich, keineswegs jedoch mit Körpereinsatz reagiert werden soll. Insgesamt waren ca. 40 Ordnerbinden bzw. Ordner vorhanden. Da man über die FSRe etc. nicht genug Menschen als Ordner gewinnen konnte, wurden während der Demo noch Ordner nachbenannt. Wie und ob diese eingewiesen wurden, kann sie nicht genau sagen. Hier hat es sicherlich Mängel gegeben.

Peter Held: Er fragt, wie viele Ordner benötigt wurden. Es sind zu wenige benannt wurden.

Meike Boldt: Sie meint, man kann gegen Auflagen auch Widerspruch einlegen. Es wurde bereits besprochen, dass Ordner eher hätten eingewiesen werden sollten.

Clemens Beck: Die Demo war für 500 Leute angemeldet, weitere Ordnerbinden wurden nur wegen der Teilnehmerzahl der FB-Veranstaltung besorgt. Eine Einweisung am Vorabend ist schwierig, wenn man nicht weiß, wie gut die Demo besucht wird. Gegen Auflagen kann man klagen, wenn sie nicht verhältnismäßig ist. Dies war

aber nicht der Fall, denn Ordner sind im Versammlungsrecht vorgesehen.

Stephanie Borck: Die Einweisung war nicht für alle ausreichend. Menschen haben sich von Kundgebung entfernt, dies wurde durch die Ordnerinnen verhindert. Die Anweisung der Demoleitung sei gewesen, sich nicht ins UHG zu begeben und dies zu verhindern. Sie fand es schade, dass nicht reagiert wurde.

Clemens Beck: Dies scheint ein Missverständnis gewesen zu sein.

Julia Walther: Sie hat bei der Ordnerweisung darauf hingewiesen, dass das UHG nicht der Ort der Demonstration ist, sondern die Demo für Schlossgasse/ Fürstengraben angemeldet wurde. Als zahlreiche Menschen ins UHG eingedrungen sind, hat sie als Demoleitung das UHG noch einmal vom Kundgebungsort abgegrenzt. Evtl. haben einige Ordner*innen dies falsch bzw. als Anweisung verstanden, Menschen am Betreten des UHG zu hindern. Das es vorher keine Anweisung dazu gab, was zu tun ist, wenn Menschen ins UHG gehen wollen, hat schlichtweg den Grund, dass sie davon ausgegangen ist, dass die Polizei das Gebäude abriegelt und ohnehin niemand hineinkommen kann. Dies hat sich jedoch als falsch herausgestellt.

Marcus Müller: Das Ziel der Demo war nicht, den Unirat zu blockieren. Es ist problematisch, wenn sich größere Menschenmengen von der Demo entfernen.

Silvana-Simone Günther: Sie sagt, dass es auf beiden Seiten Gewalt gab, auch gegen die Ordner wurde Gewalt angewendet. Die Polizei hat die Ordner dazu aufgerufen, zu helfen.

Lars Peter Engels: 2000 Leute waren da, es gab genug Ordner. Es war eine überraschend große Demo. Es scheint eine Rängelei gegeben zu haben, wo Ordner und Demonstranten aneinander geraten sind. Für eine so große Demo ist es sehr gut gelaufen, man sollte sich freuen, dass so viele Leute kamen. Die Demo war ein Erfolg, er sieht nicht, was beschlossen werden soll.

Janine Eppert: Sie glaubt nicht, dass 6000 Leute da waren, man hätte also nicht so viele Ordner*innen gebraucht. Inoffizielle Absprachen sind egal, offiziell war die Kundgebung eine Kundgebung. Verantwortlich ist der Studierendenrat, da kann man nicht sagen, dass ist nicht unser Problem.

Johannes Krause: Ordnerinneneinweisung war unzureichend. Darauf sollte beim nächsten Mal geachtet werden. Wir sind der Anmelder der Demonstration und daher verantwortlich. Erfahrungsgemäß ist es so, dass auch von der anderen Seite Fehler gemacht wurden, für Ordnerinnen war dies eine stressige Situation, wo Fehler unterlaufen. Er findet es schwierig, wenn der Antrag so aufrecht erhalten wird. Der StuRa könnte beschließen, dass der StuRa gegen Gewalt auf Demonstrationen ist.

Dorothea Forch: Sie möchte ergänzen, dass man lieber mehr Ordner vorhalten sollte als zu wenige. Die Anwältin hätte in Anspruch genommen werden sollen. Polizei und Security haben die Ordner angesprochen, allerdings unterstehen die Ordner der Versammlungsleitung. Dies wussten Leute sicher nicht, daher wurden Fehlentscheidungen getroffen. Sie kann sich nur schwer vorstellen, dass Menschen einfach auf Ordnerinnen losgehen. Die Schulung und Einweisung ist der Punkt, wo man ansetzen muss.

Steven Hartung: Der Stura ist der Anmelder der Demo, daher ist er für die Ordner verantwortlich. Für eventuelles Fehlverhalten sollte es eine Äußerung des StuRa geben. Es ist schwierig, viele Menschen einzuweisen. Die Regeln könnten in Zukunft auf Zettel geschrieben werden. Die Ordner wären dann nur für die Demonstration zuständig.

Stephanie Borck: Die Demoleitung hat geäußert, dass die Demo draußen stattfindet, dies hat eine Tür geöffnet gegen mögliche Repressionen. Sie hatte das Gefühl, dass seitens der Demoleitung einige Unsicherheiten bestehen. Warum wurde noch einmal erwähnt, dass die Menschen im Unirat nicht mit dem Anliegen draußen zu tun hatten. So verliert man die Leute auch. Man sollte sich nicht mit den Menschen entsolidarisieren.

Christian Hanke: Er findet dies schwierig. Der Demoleitung kann man schwer vorwerfen, dass sie darauf verweist, dass es auf die Demo draußen ankommt. Es wäre fatal gewesen, wenn die Demoleitung sagt, wir schicken noch Leute rein. Er fragt sich, was die Ordnerinnen hätten tun sollen, als Menschen in das UHG gehen wollten.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste von Johannes Schuchmann. Sie findet es wichtig zu klären, was die Ordner hätten tun sollen, über eine Entschuldigung muss man nicht mehr diskutieren, dies hat nun nichts mehr damit zu tun.

Gegenrede von Dorothea Forch. Sie ist auch dafür, die Debatte bald zu beenden. Man sollte allerdings aus dem lernen, was passiert ist.

– Abstimmung abgebrochen.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste von Johanna Schuchmann.

Gegenrede von Lars Peter Engels. Das Thema sollte ausdiskutiert werden.

Abstimmung über den GO-Antrag: 17 / 5 / 2 – angenommen.

Julia Walther: Die 6.000 Teilnehmer sind nicht ihre eigene Schätzung, sondern die der Polizei. Sie gibt zu, dass die Ordnerweisung Mängel hatte. Allerdings gibt sie zu bedenken, dass die Ordneranwerbung über mehrere Kanäle (Mail-Verteiler und Facebook) nicht leicht war und man nicht mehr Ordner hätte finden können. Diese Menschen nun pauschal mit einem Antrag zu verurteilen hält sie für unklug, da sie dies ehrenamtlich gemacht haben. Außerdem gibt sie zu bedenken, dass die Uni vom Hausrecht Gebrauch machen und den Raum evtl. hätte räumen lassen. Ihre Ansage hatte eher die Motivation, dies zu verhindern. Außerdem gibt sie zu bedenken,

dass sie äußerst gestresst war, da es auch noch einen Feuerwehreinsatz gab, wegen dem sie mit der Polizei in Kontakt stand und ohne Vorbereitung in den Senatssaal gerufen wurde.

Hatto Frydryszek: Er ist der Ansicht, dass die Demoleitung extrem ungeschickt agiert hat, daraus sollten Konsequenzen gezogen werden. Die Demoleitung sollte auf der Demo bleiben, dies sollte klar sein.
Stephanie Borck: Sie glaubt, dass die Demoleitung instrumentalisiert wurde. Ein rechtlicher Beistand hätte da sein sollen. Wenn man nicht weiß, was das Gesagte auslöst, dann sollte man nichts sagen.

Carsten Hölbing: Er findet es schade, dass die Zeit für diese Diskussion verbraucht wird.
Silvana-Simone Günther: Sie möchte noch einmal anmerken, dass es viele Fürsprecher für die Demonstrantinnen gab. Auch die Ordnerinnen haben Gewalt erlitten, dies sollte nicht vernachlässigt werden.
Clemens Beck: Er meint, dass sie die Demoleitung übernommen haben, weil sich niemand anderes gefunden hat. Die Feststellung, dass man mehr Ordner hätte stellen können, findet er unsinnig, denn auch dafür hat sich kaum jemand bereit erklärt. Die Leute waren nicht erfahren, man kann nur auf die Freiwilligen zählen. Wir sind ins UHG gegangen, weil auch Ordner im Haus waren. Diese wurden darauf hingewiesen, dass sie auf dem falschen Versammlungsgelände sind. Mit dem Kanzler wurde außerdem besprochen, ob man die Sitzung öffentlich machen soll. Seiner Meinung nach war das keine Entsolidarisierung, es war nur eine kurze Ansage, dass das Demogelände draußen ist. Er kann keine Entsolidarisierung erkennen, sondern nur eine einfache Feststellung.

Meike Boldt: Die Ordner hätten sich heraushalten sollen. Sie sind nur der Versammlungsleitung verpflichtet. Sie möchte, dass es eine eigene Stellungnahme gibt.
Lars Peter Engels: Die Polizei hat geschaut, ob alles friedlich läuft. Die geringste Stufe wäre gewesen, wenn die Polizei mit der Versammlungsleitung gesprochen hätte. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, wenn die Polizei selbst eingegriffen hätte. Problematisch ist, dass die Versammlungsleitung für alles verantwortlich ist. Die Demoleitung hat klargestellt, dass die Demo draußen ist. Damit wurde klargestellt, dass wir nicht für Dinge verantwortlich sind, die im Senatssaal passiert sind. Er kann noch nicht sagen, ob Gewalt von den Ordnern ausging oder nicht.

Johannes Krause: Er weist darauf hin, dass es auch für die Unirat-Mitglieder eine schwierige Situation war. Für sie war nicht klar, was passiert. Er denkt, dass dies u.U. bedrohlich für die Uniratmitglieder gewesen ist. Er findet es daher gut, dass Julia ausgleichend wirken wollte.

Antrag: Es wird eine Positionierung durch den Stura verabschiedet: „Der Studierendenrat unterstützt alle Menschen, die auf der Demo am 22.11. 2013 eine Öffentlichkeit hergestellt haben, um gegen den StEP zu demonstrieren. Des Weiteren distanziert sich der StuRa von gewalttätigem Verhalten (gegenüber Demonstrierenden) und solidarisiert sich mit Betroffenen. Es wird an einer Verbesserung der Orga-Strukturen in Sinne eines gemeinsamen politischen Protests gegen den StEP gearbeitet.“ (Meike Boldt)

Lars Peter Engels: Er findet den Antrag gut, möchte aber „mit Demonstrierenden“ ausschließen, da Gewalt generell abgelehnt werden sollte.
Meike Boldt: Sie meint, dass dies nicht wichtig ist, da der StuRa verantwortlich ist, da Demoteilnehmerinnen geschädigt wurden.
Silvana-Simone Günther: Sie möchte sich Lars anschließen, da man sich grundsätzlich gegen Gewalt ausspricht.

Markus Hammerschmidt: Er fragt, was mit „Öffentlichkeit“ gemeint ist und ob damit die Uniratsitzung gemeint ist.
Meike Boldt: Es meint Demonstrationsformen, die Menschen praktiziert haben. Sie findet es wichtig, dass jeder die Aktionsform gewählt hat, die er für richtig hält.
Maxi Scheibner: Sie schließt sich Silvana und Lars an, denn es gab scheinbar auch Gewalt gegen Ordner. Auf unserer Veranstaltung sollten wir uns von jeglicher Gewalt distanzieren.
Moritz Hellmich: Er möchte „Demonstrierende“ ebenfalls ersetzt haben, etwa durch „mit allen Betroffenen“.
Karin Wirtghen: Sie schließt sich dem an. Zur Verbesserung der Orga-Struktur muss beinhalten, dass Gewalt vorgebeugt werden sollte. Gewalt egal gegen wen sollte nicht gerechtfertigt werden.

Clemens Beck: Die Frage ist, warum wir überhaupt eine eigene Stellungnahme schreiben. Der Text des Bündnisses wurde diskutiert und fand eine breite Mehrheit. Der StuRa ist Teil dieses Bündnisses. Er fragt, was an dem Text nicht gut ist.
Meike Boldt: Sie kann mit der Formulierung „alle“ leben. Der StuRa ist vom Bündnis getrennt, da er Veranstalter ist.
Christian Hanke: Er ist für ein Meinungsbild, wer für eine eigene Positionierung ist.

Sebastian Uschmann: Er meint, es sollte nicht nur das Negative formuliert werden, da die Demo als friedlich wahrgenommen wurde. Dies sollte positiv hervorgehoben werden.
Julia Walther: Sie schließt sich Sebastian an, es sollte auch gesagt werden, dass man sich für Mithilfe bedankt.
Hatto Frydryszek: Es ist wichtig, dass sich der Stura allein positioniert, da er eine andere Verantwortung hat. Die Gewalt ist auf die Ordner des StuRa zurückzuführen. Es liegt nicht im Ermessen des Aktionsbündnisses, dies zu tun.
Johanna Schuchmann: Sie weiß nicht, wie was abgelaufen ist, und kann daher nicht beurteilen, ob sie sich solidarisieren will. Findet es schwer, dies zu beurteilen und stellt daher einen Änderungsantrag.

Hatto Frydryszek: Der StuRa hat politische Verantwortung für das, was passiert ist. Daher müssen wir uns eingestehen, dass wir Fehler gemacht haben.

Stephanie: Sie ist ebenfalls der Ansicht, dass das Bündnis nicht der StuRa ist und meint, dass dieser für sich selbst sprechen sollte.

Meinungsbild: Mehrheit für eigene Positionierung

Janine Eppert: Angemeldet wurde die Demo von der Studierendenschaft, das Bündnis sieht sich nicht als StuRa; der StuRa muss sich also positionieren.

Christian Hanke: Der StuRa ist nicht nur für das Verhalten der Ordnerinnen zuständig, Gewalt im allgemeinen sollte abgelehnt werden. Wir sollten uns außerdem bedanken für die Unterstützung der Demonstration.

- Änderungsanträge -

Antrag: **Der gesamte Text wird durch die Stellungnahme des Bündnisses mit eventuellen Änderungen ersetzt.** (Clemens Beck)

Abstimmung: 1 / 14 / 8 – abgelehnt.

Antrag; **„gegenüber Demonstrierenden“ wird gestrichen** (Lars Peter Engels)
von der Antragstellerin übernommen.

Antrag: **„Verhalten gegenüber Demonstrierenden“ wird ersetzt durch „Verhalten gegenüber allen“** (Moritz Hellmich)

Moritz Hellmich: Er begründet dies damit, dass evtl. auch andere Mitglieder der Öffentlichkeit betroffen waren.

Stephanie Borck: Teilnehm*innen würde gut klingen, da dann auch Ordner inbegriffen sind. Sie findet es schwierig, wenn Uniratmitglieder mit einbegriffen wären.

Abstimmung: 4 / 10 / 9 – abgelehnt.

Antrag: **„Demonstrierende“ wird ersetzt durch „allen Anwesenden“** (Karin Wirthgen)

Karin Wirthgen: Es ist egal, ob es Passanten, Ordner usw. sind. Man sollte sich dazu verpflichten, dass man Strukturen schafft, die Gewalt vorbeugen.

Abstimmung: 13 / 4 / 4 – angenommen.

Antrag: **„solidarisiert sich mit den Betroffenen“ wird durch „bedauert jegliche physische oder psychische Gewalt“ ersetzt.** (Johanna Schuchmann)

Johanna Schuchmann: Sie kann nicht beurteilen, ob sie sich solidarisiert will, dies ist ein Schritt weiter ist, die Ursache der Gewalt ist unklar.

Lars Peter Engels: Er weist auf die inhaltliche und sprachliche Dopplung hin, diese findet er stilistisch nicht schön.

Abstimmung: 12 / 3 / 7 – angenommen.

Antrag: **Im Text wird folgende Ergänzung eingefügt: Wir begrüßen, dass der überwiegende Teil der Veranstaltung friedlich verlief. Wie bedanken uns bei allen Personen für ihr Engagement bei der gelungenen Veranstaltung.** (Sebastian Uschmann)

Dorothea Forch: Dies geht vom Ursprungsantrag weg, die Änderung gehört dort nicht hin. Das verweicht das ganze nur.

Abstimmung: 13 / 4 / 5 – angenommen.

Antrag: **unterstützt“ wird ersetzt durch „solidarisiert sich mit“** (Meike Boldt)

Formale Gegenrede von Moritz Hellmich

Abstimmung: 10 / 7 / 5 – angenommen.

Gesamtantragstext:

Der Studierendenrat solidarisiert sich mit allen Menschen, die auf der Demo am 22.11. 2013 eine Öffentlichkeit hergestellt haben, um gegen den StEP zu demonstrieren. Wir begrüßen, dass der überwiegende Teil der Veranstaltung friedlich verlief. Wir bedanken uns bei allen Personen für ihr Engagement bei der gelungenen Veranstaltung. Des Weiteren distanziert sich der StuRa von gewalttätigem Verhalten gegenüber allen Anwesenden und bedauert jegliche physische und psychische Gewalt. Es wird an einer Verbesserung der Organstrukturen in Sinne eines gemeinsamen politischen Protests gegen den StEP gearbeitet.

Abstimmung über den Gesamtantrag: 17/0/4 – angenommen.

TOP 7 Wahl Sozialreferent (Vorstand)

Der Bewerber Hatto Frydryszek stellt sich dem Gremium vor. Er arbeitet seit längerer Zeit im Sozialreferat und im HoPo-Referat mit, außerdem war er bereits in der letzten Amtszeit gewähltes StuRa-Mitglied. Er nimmt Bezug auf sein Motivationsschreiben, dort hat er Aufgaben des Sozialreferats aufgezählt, die ihm wichtig erscheinen. Er

beantwortet gern Fragen.

Tom Bauermann: Er möchte wissen, was das Sozialreferat in Zukunft geplant hat.

Hatto Frydryszek: Sie planen eine relativ umfangreiche Vortragsreihe mit dem Titel „Erschlossenes Land“. Es geht dabei um Stadtentwicklung und -struktur, usw. Außerdem soll es eine Filmreihe und evtl. eine Fotoausstellung geben. Auch die „Überbelegt“-Kampagne soll fortgesetzt werden. Außerdem soll es in der nächsten Zeit einige Baföginformationen und eine Veranstaltung zu Biochronologie geben.

Carsten Hölbing: Er fragt nach dem geplanten Haushaltstitel und möchte wissen, ob die Ausgaben gestiegen sind.

Hatto Frydryszek: Der Topf beinhaltet zahlenmäßig mehr, da die Überbelegt-Kampagne dieses Jahr mit in ihrem Topf ist. Dies war zuvor ausgelagert. In der Summe hat das Referat damit weniger beantragt.

Keine weiteren Fragen an den Bewerber.

Keine Personaldebatte gewünscht.

Wahlkommission: Stephanie Borck, Paula Georgi, Carsten Hölbing

Keine Einwände gegen die Wahlkommission

Wahlergebnis: 18 JA 0 NEIN 3 ENTHALTUNGEN.

Damit ist Hatto Frydryszek zum neuen Referenten für Soziales gewählt. Er nimmt die Wahl an.

TOP 12 1. Lesung: GO-Änderung Sitzungszeit (Dorothea Forch, Meike Boldt)

Dorothea Forch stellt ihren Antrag vor: Die Sitzungszeit war in dieser Amtszeit immer sehr lang. Je später es wird, desto weniger Mitdiskutanten gibt es. Sie findet es schwierig, wenn man vor Müdigkeit kaum mehr abstimmen kann. Es ist ein hohes Maß an Konzentration gefragt und die menschliche Leistungsfähigkeit sollte beachtet werden. Einige Stura-Mitglieder sind auch anderswo engagiert, sie studieren, arbeiten, betreuen Kinder usw. Wenn die Sitzung um 18:15 Uhr beginnt, war bereits der Tag anstrengend, um 10 Uhr müssen viele am nächsten Tag bereits wieder in der Uni sein. Man sollte sorgsam mit sich selbst umgehen. Die Länge der Sitzungen war auch einer der Kritikpunkte am vorherigem Gremium. Sie ist daher für eine Festschreibung einer kürzeren Sitzungszeit in der GO.

Julia Walther: Sie findet die Sitzungszeit ebenfalls zu lang und ist prinzipiell für kürzere Sitzungen. Allerdings erscheint ihr die Festschreibung einer kürzeren Zeit für eine zu einfache Lösung. Es gibt jede Woche viele Anträge, die behandelt werden müssen. Wenn man die Sitzungszeit verkürzt, können diese nur mit wöchentlichen Sitzungen abgearbeitet werden – eigentlich besteht aber noch das Ziel, nach dem Haushalt mit zweiwöchigen Sitzungen auszukommen. Es wäre ihres Erachtens nach sinnvoller, wenn man an einer effizienteren Gestaltung der Sitzungen arbeitet und damit die Sitzungszeit perspektivisch verkürzt.

Carsten Hölbing: Er ist schon länger dabei. Jeder der länger dabei ist, weiß, dass die Sitzungen lange dauern. Die Debatte zu den Ordner eben wurde in die Länge gezogen. Es muss viel diskutiert werden. Wenn man die Sitzungszeit kürzt, wird dies schwierig. Die vielen Anträge können nicht in noch kürzerer Zeit behandelt werden.

Hatto Frydryszek: Er fragt, warum 4,5 Stunden als Dauer gewählt wurden.

Dorothea Forch: Vom Gefühl her ist man nach einigen Stunden geschafft. De facto kann so die Sitzung 5,5 Stunden dauern (mit Verlängerung), das scheint ihr angemessen.

Hatto Frydryszek: Dies könnte evtl. ausgenutzt werden. Er bringt als Gegenvorschlag, dass die Verlängerung gestrichen werden sollte.

Jenny Markert: Sie möchte sich für den Antrag aussprechen und denkt, dass man dies hinbekommen kann. Wenn man einige Dinge in der Struktur ändert, ist dies schaffbar. Evtl. gibt es auch einen psychologischen Effekt, wenn man weiß, dass die Sitzung nicht mehr so lange geht.

Clemens Beck: Die Frage ist, wie man die Verkürzung ausgestaltet. Wenn man ohne weitere Änderungen die 4,5 Stunden angeht, wird dies schwierig. Manche Themen würden nicht geschafft werden. Es sollte im Vordergrund stehen, wie man die Sitzungsstruktur optimieren kann. So kann man die Sitzungszeit besser kürzen. Der AK Sitzungskultur könnte sich auch dazu Gedanken machen, wie man Diskussionsabläufe gestalten kann.

Meike Boldt: Sie findet ein Streichen der Verlängerung schwierig, da diese bei einigen Punkten wichtig ist. Sie findet eine Kürzung der Zeit einen richtigen Ansatz, denn es gibt weitere Verpflichtungen.

Lars Peter Engels: Die Sitzungszeit wird gebraucht. Wenn die Zeit kürzer ist, kann man nicht mehr beschließen. Häufigere Sitzungen wären ungünstig und zusätzlich belastend. Die Belastung ist vorhersehbar, wenn man sich wählen lässt. Außerdem gibt es ein Freisemester für die zusätzliche Belastung. Die Kritik an vergangenen Sturä war nicht, dass die Zeit so lang war, sondern dass sie nicht genutzt wurde.

Julia Walther: Einige wichtige Themen wie der Haushalt benötigen sehr viel Zeit. Mit einer Zeitverkürzung sieht sie besonders für neue StuRä ein Problem, diese Themen zu schaffen. Außerdem sieht sie ein Missbrauchspotential durch die Zeitverkürzung – wenn Debatten in die Länge gezogen werden, können andere

Themen behindert werden. Außerdem glaubt sie, dass es schwierig ist, evtl. gefundene Verbesserungen beim Sitzungsablauf an kommende StuRä weiterzugeben, die dann dennoch nur wenig Zeit zur Verfügung haben.
Moritz Hellmich: Die Arbeitsbelastung und die Anzahl der Themen ist groß. Die Zeit wird gebraucht. Die Arbeitsbelastung wird durch die beantragte GO-Änderung nicht reduziert, es wird sich nur einfach weniger Zeit gelassen. Man muss daran arbeiten, die Arbeitsbelastung zu reduzieren und den Stura nicht in die Enge drängen.

Dorothea Forch: Sie kann die Bedenken verstehen. Es gibt viele Themen, die kaum zu schaffen sind. Allerdings muss die Abnahme der menschlichen Leistungsfähigkeit beachtet werden und kann nicht wegdiskutiert werden. Wenn alle geschafft sind, werden ebenfalls Beschlüsse durchgepeitscht. Es ist schwierig, darüber hinwegzusehen.

Johannes Krause: Er hat auch das Gefühl, dass die StuRa-Mitglieder irgendwann nicht mehr aufnahmefähig sind. Die Verknappung der Zeit führt dazu, dass man sich dessen bewusst ist, dass man schnell machen sollte. Umso mehr Redezeit man einräumt, desto mehr Zeit wird auch genutzt. Daher unterstützt er ebenfalls die GO-Änderung.

Meike Boldt: „Mir geht es nicht so“ ist kein Argument. Sie würde den Beschluss gern nach der Haushaltsdebatte machen und den Antrag bis dahin vertagen. Die Sitzungszeit ist sicher auch wegen des Haushalts so lang.

Moritz Hellmich: Man sollte an den nächsten StuRa und dessen Haushaltsdebatte denken. Dieser wird dann damit belastet, obwohl er sich evtl. selbst erst einarbeiten muss. Wenn die Arbeitsfähigkeit nachlässt, dann muss man häufigere Sitzungen machen, das wäre ebenfalls nicht schön. Eine Redezeitbegrenzung wäre besser, da damit weniger geredet wird.

Meike Boldt: Sie sieht die Alternativen: jede Woche 4 Stunden oder alle 2 Wochen 6 Stunden Sitzungszeit.

Christian Hanke: Man sollte erst versuchen, die Strukturen zu ändern. Mit der Verkürzung fehlt nach 2 Sitzungen eine Sitzung. Dies könnte zu Durchwinken von Anträgen und vielen Sternchentops führen. Damit könnte uns die Zeit für wichtige Themen fehlen. Den Verlängerungsnachlass findet er ebenfalls nicht sinnvoll, da dann Debatten abgebrochen werden müssten. Man sollte erst einmal andere Möglichkeiten abschöpfen, bevor man sich den Klotz der verkürzten Zeit ans Bein hängt.

Dorothea Forch: Es soll auch für kommende StuRä diese Regelung geschaffen werden.

Peter Held: Man kann auch die Regelung schaffen, dass sich jedes Gremium seine GO selbst gibt.

Hatto Frydrysek: Man könnte es einfach mal ausprobieren und schauen, wie es läuft.

Lars Peter Engels: Wenn eine Änderung beschlossen wird, sollte diese generell sein. Er lehnt den Antrag dennoch ab. Als Problem sieht er die Gefahr von vielen Sternchentops, denn dann können Beschlüsse mit sehr geringen Mehrheiten gefasst werden, was er gefährlich findet.

Johannes Krause: Er sieht v.a. das Problem der Überarbeitung der StuRa-Mitglieder besonders am Anfang der Legislatur, wo viele Dinge beschlossen werden müssen.

Christian Hanke: „Durchwinktops“ könnten ans Ende der Tagesordnung. Der nächste Stura wird ebenfalls fragen, ob die GO-Änderung auch für sie auch gilt, daher plädiert er für ein Enddatum der Regelung.

Markus Hammerschmidt: Beide Seiten bringen in seinen Augen gute Argumente. Er fragt, ob es realistisch ist, dies erst einmal auszuprobieren.

Johannes Krause: Man könnte dies testen, es sollte aber von allen mitgetragen werden. Es gibt dafür Möglichkeiten.

Peter Held: Die GO sagt, dass die Sitzung höchstens 6 Stunden dauert. Der Stura kann durchaus sagen, dass die Sitzung nur 4 Stunden dauert. Dies kann man frei entscheiden. Man kann auch festsetzen, dass es nur für diesen Stura oder nur für ein paar Sitzungen gilt.

Lars Peter Engels: Man könnte die Sitzungsdauer auf Zeit ändern, sodass man einen Testlauf macht.

Meike Boldt: Sie beantragt ein **Meinungsbild**, wer für den Testlauf 3-4 Sitzungen nach dem Haushalt ist.

Meinungsbild: Testlauf nach dem Haushalt: Fast alle dafür, 3 dagegen.

Meinungsbild: Testlauf während der Haushaltsdebatte: 11 dafür, 12 dagegen

Markus Hammerschmidt: Er fragt, ob man mit einem neuen TOP dies jetzt sofort beschließen könnte.

Peter Held: Bejaht. Er stellt folgenden **Antrag: Die Sitzungszeit wird auf 4,5 Stunden festgelegt. Diese Regelung tritt am 27.11.2013 in Kraft und gilt für 6 reguläre Sitzungen, längstens jedoch bis zum 31.03.2013.**

Gegenrede von Julia Walther: Dann müsste noch länger diskutiert werden, es gibt aber noch viele andere wichtigere TOPs. Durch die Gegenrede kann kein neuer TOP mit Peters Antrag aufgenommen werden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die erste Lesung beendet.

TOP 4 Diskussion und Beschluss: FA-044-2013 Veranstaltung Postwachstumsgesellschaft (Verena Salomon)

Die Sitzungsleitung rekapituliert die Erkenntnisse aus der anfänglichen Diskussion zum TOP. Inzwischen sind 2 Vertreterinnen des Umweltreferats anwesend, die näheres zum Antrag erläutern können.

Vertreterinnen des Umweltreferats: Es ist eine Postwachstums-Veranstaltung. Das Umweltreferat unterstützt solche Veranstaltungen, denn diese fallen in ihren Themenbereich. Es gibt derzeit nur relativ wenige Mitglieder im Umweltreferat, d.h. es haben nur wenige Menschen an der Entscheidung mitgewirkt. Allerdings haben sich alle darauf geeinigt. Anfangs sollten 500€, jetzt noch 300€ Förderung sein.

Hatto Frydryszak: Er fragt, ob der StuRa mit auf dem Flyer steht.

Vertreterin des Umweltreferats: Bejaht. Es ist das Logo des Umweltreferats darauf.

Markus Hammerschmidt: Er fragt, welche Relevanz die Veranstaltung für die Studierendenschaft hat.

Johannes Krause: Er erklärt, dass es derzeit keine Referatsleitung gibt. Die Hürde zur Förderung aus dem Referatstopf ist allerdings nicht so hoch, wie es bislang übergekommen ist.

Vertreterin des Umweltreferats: Die Veranstaltung ist öffentlich für alle Studierenden und gut besucht.

Florian Rappen: Er findet es wichtig, dass die Sensibilität der Studierenden für Umwelt und Wirtschaft geschult wird, das ist für alle interessant.

Meike Boldt: Es gibt auch ein Kolleg Postwachstumsgesellschaften an der Uni, die Studierendenschaft ist daran beteiligt. Bei den Postwachstumsveranstaltungen gibt es hohe Teilnehmerzahlen.

Lars Peter Engels: Er findet es schwierig, dass der Stura großen Teil der Kosten trägt, aber u.a. auf dem Werbematerial nicht ausreichend repräsentiert ist.

Peter Held: Er fragt, warum die Workshops im Haus auf der Mauer stattfinden. Dort passen nur sehr wenige Menschen rein, es kann also nur ein Bruchteil der Studierenden überhaupt hingehen. Er fragt, für wie viele Leute die Veranstaltung geplant ist.

Vertreterin des Umweltreferats: Sie können dazu kaum Aussagen machen.

Peter Held: Die Miete für das Haus auf der Mauer kann aus dem Finanzplan gestrichen werden, da der Stura dort vertreten ist und keine Miete zahlen muss.

Florian Rappen: Die Miete ist schon gestrichen. Die Workshops sind sehr klein gehalten, aber das Abendprogramm wird gut besucht.

Johannes Krause: Er fragt, warum auf dem Flyer so viele Förderer stehen, obwohl nur wenige davon mit finanzieren.

Vertreterin des Umweltreferats: Es handelt sich eher um ideelle Partner.

Johannes Krause: Er stellt einen **Änderungsantrag auf Förderung der Veranstaltung mit 200€**. Da die Informationsgrundlage so dünn ist, ist es schwierig, einen großen Teil der Kosten zu tragen.

Moritz Hellmich: Er fragt, ob dies abzüglich der Raummiete ist.

Christian Hanke: Er meint, man sollte sich entscheiden, ob man fördern will oder nicht. Er würde gern zustimmen, um zu honorieren, dass gute Arbeit gemacht wird.

Julia Walther: Sie erinnert daran, dass es ein externer Antrag ist, wo bestimmte Regeln gelten. Der FSR WiWi fördert die Veranstaltung ebenfalls, wird aber im Finanzplan nicht erwähnt. Den Finanzplan findet sie sehr undurchsichtig.

Peter Held: Er findet 300€ Förderung ebenfalls hoch, denn die Gesamtkosten sind nur 750€, die WiWis fördern außerdem ebenfalls. Er plädiert eher dafür, dass andere FSRe noch etwas beisteuern.

Er stellt einen **Änderungsantrag auf Förderung der Veranstaltung mit 150€ mit der Option, dass andere Organe der Studierendenschaft ebenfalls mit fördern können**.

Jenny Markert: Sie sieht das Problem nicht, da das Umweltreferat das Geld freigeben will. Sie fragt, wie es zur Förderung durch den FSR kommt.

Johannes Krause: Die WiWis haben die Förderung bereits beschlossen, der Stura müsste so nicht einmal etwas beisteuern.

Lars Peter Engels: Er meint noch einmal, dass der Antrag nicht vom Umweltreferat kommt und niemand von den Organisatoren da ist, der den Antrag und die Veranstaltung erklärt. Anträge sollten ordentlich gestellt werden.

Meike Boldt: Sie möchte Peters Antrag unterstützen.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Meike Boldt.

Gegenrede von Markus Hammerschmidt, er hat noch eine Frage.

Abstimmung über den GO-Antrag: 11 / 8 / 0 – angenommen.

Änderungsantrag von Peter Held: **Förderung der Veranstaltung mit 150€ mit der Option, dass andere Organe der Studierendenschaft ebenfalls mit fördern können.**

Abstimmung über den Änderungsantrag: 15 / 2 / 3 – angenommen.

Änderungsantrag von Peter Held: **Das Sturalogo muss nicht auf den Werbematerialien enthalten sein, da diese bereits gedruckt sind und die Veranstaltung schon morgen stattfindet.**

Abstimmung: 20 / 0 / 0 – einstimmig angenommen.

Abstimmung über den Gesamtantrag: 18 / 2 / 0 – angenommen.

GO-Antrag auf Vertagung von TOP 6 von Julia Walther, da die Bewerberin nicht anwesend ist.
Keine Gegenrede. Damit ist TOP 6 vertagt.

TOP 13 3. Lesung: Haushalt 2014 (HHV)

Johannes Krause führt in den TOP ein. Es gibt viel Material zum Haushalt. Zuerst soll das Vorgehen bzgl. der FSR-Finzen erklärt werden. Dazu gibt es einen Zeitplan, den der Vorstand aufgestellt hat. Dieser beinhaltet zuerst ein Briefing durch das Innenreferat. Dieses fand bereits auf dem Treffen der AG Haushalt letzte Woche statt.

Dorothea Forch: Sie wünscht sich, dass das Problem noch einmal kurz erklärt wird.

Florian Rappen erklärt die FSR-Finzen. Es gibt eigentlich mehrere Probleme. Das Zuweisungssystem wird erklärt. Es gibt das Problem, dass die FSR-Anteile zu Jahreswechsel auf dem Sturakonto liegen, da sie erst rückwirkend zu Beginn des neuen Semesters ausgezahlt werden. Das Innenreferat wollte diesen Zuweisungsrhythmus ändern, dazu braucht es aber eine doppelte Auszahlung. Dies ist ein Problem. Außerdem wird die Berechnung der einzelnen Zuweisungen erklärt. Es gibt einen Sockelbetrag und einen Anteil, der sich über die Studierendenzahlen berechnet. Probleme entstehen auch durch kleine FSRe, die prozentual gesehen sehr viel Geld bekommen, dass sie nicht ausgeben können. Außerdem gibt es das Problem der Kappungsgrenze.

Johannes Krause: Es gibt 2 Probleme: Die FSRe bekommen das Geld erst am Ende des Semesters und aufgrund des Sockelbetrages gibt es eine Ungleichbehandlung der FSRe.

Hatto Frydryszek: Er fragt, wie viele FSRe prozentual bevorteilt werden.

Florian Rappen: Er erklärt weiter die Kappungsgrenzen. Die FSRe dürfen das 3fache ihrer Zuweisung auf dem Konto haben, dann bekommen sie noch die volle Zuweisung. Kleine FSRe könnten auf 30ct-Topf zurückgreifen, wenn die Kappungsgrenze heruntergesetzt würde.

Christian Hanke: Er fragt nach den Folgen eines bestimmten Lösungs-Szenarios.

Johannes Krause: Er meint, dass man jetzt nicht über Lösungen reden sollte.

Julia Walther: Sie ergänzt, dass das Innenreferat sicher Vorschläge aufnimmt.

Florian Rappen: Zum Thema Rücklagen ergänzt er, dass die Zuweisung an die FSRe für das Sommersemester erst im November kommt und damit bis Jahresende kaum Zeit ist, das Geld auszugeben. Dieses wird dann als Rücklage gezahlt. Außerdem kann im Januar und Februar wegen der Haushaltssperre kein Geld ausgegeben werden, sodass sich Geld bei den FSRe aufstaut.

Dorothea Forch: Sie meint, dass die Kontostände der FSRe sehr gerade verlaufen.

Johannes Krause: Das Studienjahr ist nicht gleich dem Haushaltsjahr, dies ist ebenfalls ein Grund für Rücklagen.

Lars Peter Engels: Er fragt, ob man nun über Zeitplan redet.

Peter Held: Er fügt zu Florians Ausführungen hinzu, dass wenn man allen FSRe nur einen kleinen Sockelbetrag zuweist, kleine Fachschaften kaum mehr existieren, große wie die Medizin würden dafür sehr viel bekommen.

Johannes Krause: Er erklärt zum Zeitplan, dass man mit allen Akteuren sprechen will. Bis Weihnachten soll bereits mit der Innenrevision gesprochen werden, damit Probleme von vornherein abgeklärt werden können. Danach soll mit den FSRe geredet werden, auf Feedback gewartet werden und dann eine beschließbare Finanzordnungsänderung eingebracht werden.

Dorothea Forch: Sie fragt, wie viele Veränderungen es in dem Prozess geben könnte, und ob es sich dann lohnt, mit dem Rechtsamt zu sprechen, da sich dann doch noch Änderungen ergeben.

Florian Rappen: Er meint, dass es um konkrete Zahlen gehen wird, wenn der rechtliche Rahmen abgesteckt ist und Vorschläge kommen, gibt es viele Änderungen.

Johannes Krause: Eigentlich wollen wir nur sicher gehen, dass alles sicher ist. Wir wollten keinen zu ambitionierten Zeitplan machen, dieser ist auch eher als Fahrplan gedacht, der baldigst umgesetzt werden soll.

Hatto Frydryszek: Es müssen nur noch einige Zahlen festgelegt werden, der Zeitplan kann also gerafft werden.

Julia Walther: Sie meint, dass bislang nur Ideen existieren, die noch geprüft werden müssen. Das verfahren ist noch nicht soweit, um konkret zu diskutieren, muss eine fertige FinO-Änderung vorliegen. Daher ist der Zeitplan kaum zu straffen.

Dorothea Forch: Man kann den plan straffen, sodass zumindest Ende Februar eine Änderungsordnung beschlossen werden kann.

Carsten Hölbing: Er findet es schwierig, dass engagierte Leute unter Druck gesetzt werden. Die FSR-Finzen gehören nicht zum Haushalt.

Hatto Frydryszek: Er findet es wichtig, dass wir jetzt drüber reden, da es etwas am Problem ändern kann.

Außerdem wird über Zahlen geredet. Letztlich entscheidet der StuRa. Man könnte theoretisch auch jetzt schon über Zahlen reden, dass ist nicht kontraproduktiv, sondern eine schnellere Lösung des Problems.

Johannes Krause: Er kann diesen Wunsch verstehen, meint aber, dass dies ein ganz neues Thema wäre. Diese Diskussion sollte um diese Uhrzeit nicht mehr geführt werden.

Florian Rappen: Man muss alles auf einmal betrachten, wenn man genaue zahlen hat und alles geprüft wurde.

Moritz Hellmich: Der Zeitrahmen müsste um 3 Monate verkürzt werden, damit dies für den Haushalt relevant

würde, daher ist dies im Rahmen der Haushaltsdebatte irrelevant.

Johannes Krause: Er geht über zum nächsten Punkt. Es sollte ein Auftrag an den HHV und den Vorstand gehen, dass ein genehmigungsfähiger Haushalt aufgestellt wird. Dieser soll dann als Diskussionsvorlage dienen.

Maxi Scheibner: Sie bittet darum, dass ausgeglichen und genehmigungsfähig auseinandergelassen werden.

Johannes Krause: 25.000€ Defizit werden noch genehmigt, da der Stura auch Rücklagen hat. Daher ist ausgeglichen und genehmigungsfähig eigentlich ähnlich.

Michael Siegmann: Er ist dafür, die Defizitsumme beim Vorschlag geringer anzustreben, evtl. auf 15.000€, damit man in der Diskussion dann Töpfe aufstocken kann. Wenn man bei 25000€ ansetzt, hat man ein maximales Minus und es gibt dann kaum Spielräume. Dies würde die Diskussion behindern.

Johannes Krause: Es könnte dann im StuRa noch Geld hin und hergeschoben werden. Es gibt also noch Möglichkeiten. Außerdem ist bereits ein Defizit von 25000€ sehr schwer zu erreichen. Es gibt bereits jetzt nur einen sehr kleinen Spielraum, der dann noch kleiner würde.

Michael Siegmann: Er verliest eine Erklärung von 12 StuRa-Mitgliedern. Diese postuliert, dass man nicht mehr über Beitragserhöhungen und FSR-Finzen reden möchte, sondern an einem ausgeglichenen Haushalt arbeiten will, der ein Defizit von weniger als 15.000€ aufweist.

Johannes Krause: Er findet diese Erklärung höchst problematisch, da die Erklärung gegen den StuRa-Beschluss verstößt, der den Vorstand u.a. mit den FSR-Finzen beauftragt hat.

Peter Held: Er meint, dass ein Defizit von 15.000€ im Haushalt nicht zu erreichen ist und nicht vertretbar wäre.

Dorothea Forch: Sie fragt sich, welche Wirkung solche Erklärungen haben. Die Arbeitsfähigkeit der FSRe ist sicherlich gesichert, aber die Arbeitsfähigkeit des Stura ist bei mangelnder Finanzierung nicht mehr gegeben.

Marcus Müller: Er fügt an, dass der Rektor 10.000€ für die FSRe freigeben würde, dies reicht aber nur bis Januar.

Lars Peter Engels: Es gibt 2 Punkte in der Erklärung. Damit man im ersten Quartal Geld ausgeben kann, ist es wichtig, dass der StuRa sich dem Haushalt widmet. Störend fanden die Unterzeichner, dass man das Ziel der maximalen Verschuldung anstrebt.

GO-Antrag auf Abbruch der Debatte von Julia Walther. Sie möchte gern über den Antrag des Vorstandes reden und die Metadiskussionen zum Haushalt beenden.

Gegenrede von Johannes Krause. Er empfindet die Erklärung als eine Frechheit, da sie die Arbeit des Vorstandes bzgl. der FSR-Finzen usw. missachtet. Dies möchte er gern diskutieren.

Abstimmung über den GO-Antrag: 3 / 2 / 12 – angenommen.

GO-Antrag auf Verlängerung der Sitzungszeit bis zum Ende des TOPS von Marcus Müller.

Dorothea Forch: Sie bittet um die Verlängerung der Sitzungszeit um maximal eine Stunde, da sie die Debatte nicht nur mit wenigen Menschen führen möchte.

Die Sitzungsleitung legt die GO dahingehend aus, dass die Sitzungszeit ohnehin nur um maximal eine Stunde verlängert werden kann.

Formale Gegenrede von Markus Hammerschmidt.

Abstimmung über den GO-Antrag: 9 / 5 / 0 – angenommen.

Hatto Frydrysek: Er ist enttäuscht von dem undemokratischen Verhalten einiger StuRa-Mitglieder. Ein Defizit von 25.000€ ist nicht fahrlässig, weil es kein Defizit ist, das Geld ist da. Er findet es vielmehr fahrlässig, wenn nicht alle Punkte, die mit dem Haushalt zusammenhängen, diskutiert werden, wenn man darüber diskutiert, wo man noch weiter sparen kann. Man muss sich fragen, ob man die Arbeit des Stura blockieren will. Wenn man ein Defizit von 15.000€ anstrebt, schränkt man den StuRa massiv ein. Das führt zwangsläufig zu der Frage, was die Aufgaben des Stura sind. Das sind z.B. nicht die Medien, allerdings die Arbeit der Referate.

Moritz Hellmich: Wir diskutieren darüber, ob wir den Vorstand mit dem Erstellen eines ausgeglichenen Haushaltsplan beauftragen. Er fände es gut, wenn dies getan würde. Er sieht, dass das Ausgleichen des Haushalts ein schwieriges Problem ist und er unterstützt die Arbeit dafür. Er ist für den Zusatz: höchstens 25.000€ im Antrag.

Dorothea Forch: Sie fragt, wie man auf 25.000€ kommt. Auf einer Ebene sollen die FSR-Finzen durchdiskutiert werden, bevor man den Haushalt abschließt. Sie spricht sich gegen den Antrag aus, weil sie nicht denkt, dass dies das Problem löst.

Peter Held: Er erklärt, dass der Stura noch Rücklagen hat, der Übertrag für 2015 ist noch drin für Gehälter usw. bei einem Defizit von 25.000€.

Antragstext: Der StuRa beauftragt den HHV in Zusammenarbeit mit dem Vorstand zur kommenden Sitzung einen Haushaltsentwurf vorzulegen, welcher ein Defizit von maximal 25.000 € aufweist.

Abstimmung über den Antrag: 11 / 6 / 1 – angenommen. Damit sind Vorstand und HHV mit der Aufstellung eines Haushaltsplans mit einem Defizit von 25.000€ bis zur nächsten Woche beauftragt.

Dschungelbuch:

Marcus Müller: Er erklärt, worum es geht. Das Projekt ist relativ groß und kostet relativ viel. Die Kosten betragen 7000€, man könnte hier also sparen. Die Frage ist, ob das Dschungelbuch beibehalten werden soll.

Jenny Markert: Sie fragt, wie die kleinere Variante aussieht und wie diese verteilt wird.

Julia Walther: Sie erklärt, wie der Alternativvorschlag aussehen könnte. Angedacht war ein Infoheft für Erstsemester ohne Kalender, das in A5 Format aufgelegt werden könnte. Dies könnte im Begrüßungspaket

verschickt werden.

Christian Hanke: Die einzige Funktion des Dschungelbuch sieht er darin, zu zeigen, wo der Stura ist.

Maxi Scheibner: Sie schließt sich an. Sie ist eher dafür, das Projekt aufzugeben, da sie noch nicht viel Gutes davon gehört hat.

Dorothea Forch: Sie fragt sich, ob ein Anreiz wegfällt, wenn der Kalender nicht mehr dabei ist. Sie findet Werbung für die Hochschulgruppen wichtig. Der Effekt des Dschungelbuchs ist hier gleich null, noch niemand wurde so angeworben. Der MdM ist dafür viel wichtiger. Es ist schwierig, sich von Dingen zu trennen, in die Leute Energie gesteckt haben. Die Auflage könnte noch einmal verkleinert werden und am Markt der Möglichkeiten verteilt werden.

Maxi Scheibner: Die Präsentation der HSGs am MdM ist besser als wenn das Heft beim StuRa verteilt wird, da dort nur wenige Leute hinkommen.

Peter Held: Er erinnert daran, dass die Uni dafür zahlt, da es jeder Erstsemester bekommen soll.

Florian: Er ist für eine komplette Streichung, der Kalender ist irrelevant.

Clemens Beck: Er meint, dass die Ersties mit dem vielen Papier überfordert sind. Er hält das Dschungelbuch eher für Papierverschwendung.

Hatto Frydryszek: Er ist auch für ganz oder gar nicht. Wenn die Ersties in den Stura kommen, kommen sie völlig vorurteilsfrei, das Image des StuRa wird so positiv.

Johannes Krause: Er meint, dass am Studienbeginn alles neu ist, der kurze Moment im Stura ist da sicher von geringem Belang.

Carsten Hölbing: Er fände es gut, wenn die Schriften auch digital verfügbar wären, ist aber auch eher für eine Abschaffung.

Christian Hanke: Der positive Effekt für den StuRa sollte nicht 6000€ Kosten, aber die Ersties sollten motiviert werden, beim StuRa vorbeizukommen.

Lars Peter Engels: Er meint, dass Flyer auf dem MdM auch über den StuRa informieren könnten.

Meinungsbild zum Dschungelbuch:

das Dschungelbuch wird nicht in der alten Form herausgegeben: **17 / 0 / 3**

das Dschungelbuch wird 2014 nicht herausgegeben: **deutliche Mehrheit dafür**

das Dschungelbuch wird in reduzierter Form herausgegeben: **Mehrheit dagegen**

Überregionale politische Vertretung:

Es gibt einen StuRa-Beschluss, dass der Asta der GSO Nürnberg gefördert wird. Allerdings hat der Rektor den entsprechenden Haushaltstopf nicht genehmigt.

Johannes Krause: In Bayern gibt es keine verfasste Studierendenschaft, d.h. sie können kein Geld einnehmen. Die Idee ist, dass wir ihnen dabei helfen, Projekte zu machen. Allerdings hat der Rektor dies so nicht genehmigt. Die Unterstützung des Asta in Nürnberg ist nicht vorwiegend die Aufgabe der Jenaer Studierendenschaft, der fzs wäre hier eher in der Pflicht.

Dorothea Forch: Der Rektor ist für sie ein schlechtes Argument. Es ist eine Frage der Solidarität, Bestrebungen nach Interessenvertretung zu unterstützen. Als Alternative sollte man das Rechenmodell aufmachen, was eine fzs-Unterstützung kosten würde, so kann man auch andere Städte unterstützen. Projekte könnten gefördert werden. Man sollte nicht unsolidarisch sagen, wir unterstützen das nicht mehr

Hatto Frydryszek: Dies ist eine unserer Aufgaben. Der Rektor ist in der jetzigen Ausgestaltung dagegen, dies könnte man lösen. Das Geld sollte eine Zweckbestimmung haben.

Florian Rappen: Er meint, dass die FSRe in Nürnberg keine Geldsorgen haben. Der „StuRa“ soll dort ähnlich viel bekommen.

Dorothea Forch: Das Zuweisungssystem dort ist anders, die FSRe werden sicher anders organisiert. Die finanzielle Lage sollte geprüft werden. 500€ können projektbezogen abgerufen werden, wäre ihr Vorschlag, dies könnte aus dem Topf überregionale Vertretung kommen.

Lars Peter Engels: Die Mitfinanzierung anderer Hochschulen ist nicht die Aufgabe des StuRa, Vernetzung ist etwas anderes. Wenn die Studierenden in Nürnberg Projekte machen wollen, können sie selbst Gelder dafür einsammeln bzw. eine Zwangsabgabe einführen.

Dorothea Forch: Sie sieht sich nicht zu einer Abgabe gezwungen.

Johannes Krause: Er fragt sich, was die Jenaer Studierendenschaft davon hat. Er sieht darin keine Solidarität.

Dorothea Forch: Es ist schwierig, bei politischen Aspekten zu fragen, was wir davon haben. Außerdem können auch wir profitieren, Stichwort Kooperationsvertrag.

Hatto Frydryszek: Die KTS sieht er nicht als überregionales Projekt, vielleicht könnte die Uni Nürnberg als externes Projekt gesehen werden. Der Psychochor wird auch gefördert, dort ist der Nutzen geringer.

Carsten Hölbing: Er fragt, warum dies nicht aus dem Topf externe Projekte kommt.

Meinungsbild zur Förderung des Asta GSO Nürnberg

StuRa stellt die Förderung ein:

11 dafür

2 dagegen

1 Enthaltung

500€ werden für projektspezifische Anfragen ausgegeben:

4 dafür

10 dagegen

Beiträge

Julia Walther: Es wurde eben festgestellt, dass die Frist für den Austritt aus dem bdwi einen Monat vor Jahresende endet. Damit müsste der StuRa auf der heutigen Sitzung noch einen Austritt beschließen, damit dies für den Haushalt noch relevant sein könnte. Sie stellt die Ziele des Vereins (Einsatz für eine demokratische Wissenschaft ua.) kurz vor. Diese Ziele sind tendenziell auch mit den Zielen des StuRa vereinbar, weshalb vor einigen Jahren eine Mitgliedschaft beschlossen wurde.

Dorothea Forch: Sie findet es schwierig, wenn man nur fragt, was man davon hat. Der Bdwi ist aus den genannten Gründen unterstützenswert. Es gibt auch Hefte, die der Verein herausgibt. Man kann auch über andere Vereine sprechen. Andere Sachen werden auch nicht so eilig entschieden. Sie ist dagegen es heute zu entscheiden, sie ist auch gegen einen Austritt.

Carsten Hölzung: Er meint, dass der damalige Antragsteller für den bdwi schreibt, dafür wird ebenfalls Geld bezahlt, er ist eher für den Austritt, denn er findet den Verein nicht hilfreich.

Florian Rappen: Er ist dafür, alle Beiträge zu streichen. Er ist ebenfalls dafür, erst einmal auszutreten, dann könnte man auch wieder eintreten. Dies ist kein Problem.

Moritz Hellmich: Er findet es auch zu kurzfristig, dies zu entscheiden, aber eine Entscheidungsmöglichkeit besteht nur, wenn wir jetzt austreten. Es kann auch nützlich sein. Der Beschluss wird erst möglich, wenn wir austreten.

Dorothea Forch: Sie findet das Verfahren schwierig, da es ein komisches Signal setzt.

Antrag: Der Studierendenrat beschließt den Austritt aus dem BDWI (Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler).

Abstimmung: 10 / 2 / 1 – angenommen.

[[Da dieser Beschluss nicht gemäß der Geschäftsordnung zustande kam und im Widerspruch zu GO §6 Abs. 8 steht, ist dieser Beschluss des Studierendenrates ungültig.]]

Zu diesem TOP wurde eine persönliche Erklärung von Christian Hanke abgegeben. Sie ist dem Verlaufsprotokoll angehängt.

GO-Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit von Dorothea Forch.

Die Sitzungsleitung stellt fest, dass nur noch 13 von 27 stimmberechtigten Sturamitgliedern anwesend sind. Damit ist die Beschlussfähigkeit nicht mehr gegeben und die Sitzung wird aufgehoben.

TOP 14 Diskussion und Beschluss: Positionierung Wahlsynchronisation mit der Uni (Marcus D. D. Müller)

Nicht behandelt wegen mangelnder Beschlussfähigkeit.

TOP 15 Umgang mit Presseerklärungen (Hatto Frydryszek)

Nicht behandelt wegen mangelnder Beschlussfähigkeit.

TOP 16 Diskussion und Beschluss: Solidarisierung Hausbesetzer*innen Ilmenau (Johannes Struzek)

Nicht behandelt wegen mangelnder Beschlussfähigkeit.

TOP 17 Diskussion und ggf. Beschluss: Hochschulrat (Marcel Eilenstein)

Nicht behandelt wegen mangelnder Beschlussfähigkeit.

TOP 18 Sonstiges

Nicht behandelt wegen mangelnder Beschlussfähigkeit.

Die Sitzungsleitung schließt die Sitzung um 00:59 Uhr.

Protokollantin

Sitzungsleitung



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

Erklärung

Titel der Erklärung: Gemeinsame Erklärung

Tagesordnungspunkt /

Abstimmung über: Lesung Haushalt

Sitzung: 26.11.2013

erklärende Person: 12 gewählte StuRamitglieder

Funktion:

persönliche Erklärung

Erklärung zu Abstimmung

In Anbetracht unserer Aufgabe, die Arbeitsfähigkeit des Studierendenrates und der Fachschaftsräte sicherzustellen, verlangen die Unterzeichner den sofortigen Abbruch aller Diskussionen zu Änderungen der Fachschaftsfinanzierung, Erhöhung von Semesterbeiträgen und ähnlichen, nicht unmittelbar umsetzbaren Maßnahmen und fordern, im Bewusstsein unserer Verantwortung gegenüber zukünftigen Studentengenerationen, einen Haushalt, der ein Defizit von höchstens 15.000€ vorsieht.

Unterschrift:

eingegangen bei Sitzungsleitung:

Uhrzeit:



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

Erklärung

Titel der Erklärung: Erklärung zur Unterschrift unter der gemeinsamen Erklärung

Tagesordnungspunkt / Abstimmung über: Lesung Haushalt

Sitzung: 26.11.2013

erklärende Person: Christian Hanke

Funktion: Mitglied des Studierendenrates

persönliche Erklärung

Erklärung zu Abstimmung

Von meiner Seite aus diente die Unterschrift unter Michaels Liste dem Zweck, dass der StuRa nicht länger über FSR-Finzen diskutiert, bis es einen Haushalt gibt. Die FSR-Rücklagen sind ein Problem, das für den Haushalt 2014 nicht gelöst werden kann und sollte deswegen erst nach dieser Haushaltsdebatte angegangen werden.

Außerdem bin ich der Ansicht, dass Beitragserhöhungen erst ins Auge gefasst werden sollten, wenn wir selbst kritisch gekürzt haben und diese Erhöhung Aussicht auf Erfolg haben kann. Ich sehe eine Beitragserhöhung aber als letztes Mittel. Dass besagte Erklärung nicht offen genug kommuniziert wurde, tut mir leid.

Unterschrift:

eingegangen bei Sitzungsleitung:

Uhrzeit: